

MATTHIAS WAMBACH

## Taskforce Wohngeld

Wie gemeldet, wird in beinahe allen Berliner Bezirken das Wohngeld für sozial Bedürftige nur schleppend und nach Monaten Bearbeitungszeit ausbezahlt.

Der Verwaltungsexperte der CDU-Fraktion, Matthias Wambach, fordert deshalb den Senat auf, die notwendigen Stellen für eine adäquate Bearbeitung



Matthias Wambach, MdB

der Wohngeldanträge aus dem Stellenpool zu rekrutieren.

Wambach: „Das Personal aus dem von Sarrazin eingerichteten Stellenpool muss endlich sinnvoll und bürgerorientiert eingesetzt werden. Hochbezahlte

Verwaltungsmitarbeiter können jetzt unter Beweis stellen, dass sie bereit sind mitzuhelfen, Probleme bei Verwaltungsabläufen

schnell zu lösen. Wir brauchen eine Taskforce Wohngeld!“

Wohngeldberechtigten warte monatelang auf staatliche Unterstützung, und gleichzeitig schicke der für das Personal der Berliner

zuständige Senator für Finanzen hunderte qualifizierte Verwaltungsmitarbeiter bei vollem Gehalt in die Arbeitspause, anstatt sie sinnvoll einzusetzen, moniert Wambach. „Das ist soziale Gerechtigkeit á la Rot-Rot!“, erklärt er.

ZUSAMMENLEGUNG VON ARBEITSLOSEN- UND SOZIALHILFE

## Schlimmer als Maut-Desaster?

Der Bundesregierung droht bei der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe (Hartz IV) ein weiteres Reform-Desaster. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit der Auszahlung des künftigen Arbeitslosengeldes II hoffnungslos überfordert ist. Die Nürnberger Agentur verfügt weder über die personellen, noch materiellen Voraussetzungen, um pünktlich im Januar 2005 die neue Aufgabe zu übernehmen. Die erforderliche Software lässt weiter auf sich warten. Damit rächt sich zu Lasten der betroffenen Menschen die starre Haltung der rot-grünen Bundesregierung, zentralistisch allein die Bundesagentur für Arbeit mit der Umsetzung von „Hartz IV“ zu betrauen. Demgegenüber hatte der Vermittlungsausschuss etwa eine Optionsklausel

beschlossen, wonach kreisfreie Städte und Kreise auf Antrag und mit Zustimmung der obersten Landesbehörde



Verena Butalikakis, MdB

die Aufgaben übernehmen sollten. Inzwischen zeichnet sich ab, welche katastrophalen Folgen der Starrsinn der Regierung Schröder auf allen Ebenen haben wird: Das von der Regierung genannte Finanztableau entspricht in keiner Weise der Wirklichkeit. Die Kommunen werden

nicht, wie von Regierungsseite noch heute beteuert, um 2,5 Milliarden Euro entlastet, sondern aller Voraussicht nach um eine solche Summe zusätzlich belastet. Damit gerät ein weiteres, von Rot-Grün angekündigtes Reformvorhaben in weite Ferne. Mit den bei den Kommunen erhofften Einsparungen hatte Familienministerin Renate Schmidt den Ausbau von Kindertagesstätten finanzieren wollen. 1,5 Milliarden Euro sollten jährlich für die Betreuung von unter Dreijährigen zusätzlich in die Kommunen fließen. Auch davon kann nun keine Rede mehr sein.

Zu fürchten ist: Das Ausmaß des zu erwartenden Desasters bei der Einführung des Arbeitslosengeldes II wird die Maut-Pleite von Verkehrsminister Stolpe (SPD) bei weitem übertreffen.

von Verena Butalikakis

## Anno dazumal

### Der 24. April .....

**1817:** Ein zweirädriges Gefährt, Vorläufer des Fahrrads, wird von dem badischen Forstmeister Karl Friedrich Drais von Sauerbronn vorgestellt.

**1854:** Kaiser Franz Joseph I. von Österreich heiratet die 16-jährige bayerische Prinzessin Elisabeth.

**1884:** Otto von Bismarck stellt die Liegenschaften des Kaufmanns Adolf Lüderitz in Südwestafrika unter deutschen Schutz, damit entsteht Deutsch-Südwestafrika, das heutige Namibia.

**1942:** Den Juden im Deutschen Reich wird die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel verboten.

**1956:** Ein Gericht im US-Bundesstaat South Carolina erklärt die Rassentrennung in öffentlichen Verkehrsmitteln für verfassungswidrig.

**1972:** Die CDU/CSU-Fraktion bringt im Bundestag ein konstruktives Misstrauens-

votum gegen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) ein.

**1974:** Der persönliche Referent von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), Günter Guillaume, wird unter dem Verdacht der Spionage für die DDR festgenommen.

**1975:** Das „Kommando Holger Meins“ der RAF nimmt zwölf Diplomaten und Angestellte der deutschen Botschaft in Stockholm als Geiseln. Zwei Botschaftsangehörige werden erschossen.

**1980:** Im Iran wird ein geheimes US-Kommandounternehmen zur Befreiung der US-Botschaftsgeiseln in Teheran wegen technischer Pannen zum Fiasko.

**1982:** Erstmals gewinnt mit Nicole („Ein bisschen Frieden“) eine Deutsche den Grand Prix d'Eurovision.

**1998:** Nach dem Bundestag stimmt auch der Bundesrat mit überwältigender Mehrheit der Einführung des Euro zu.

## Specht (CDA) hilft bei Rentenbescheiden

Damit hatte der stellvertretende CDA-Landesvorsitzende und CDA-Kreisvorsitzende in Treptow-Köpenick nicht gerechnet. Über 900 Rentner meldeten sich bei Joachim Specht nachdem das Berliner Abendblatt berichtet hatte, dass er beim Widerspruch gegen die aktuellen Rentenbescheide hilft. Rot-Grün hatte die Zuzahlung bei der Pflegeversicherung gestrichen und die Renten nicht erhöht. (dr)



### Mehr Pleiten

Das Statistische Bundesamt hat die Zahlen vorgelegt. Im Jahr 2003 kam es in Deutschland zu 100 723 Insolvenzfällen. Davon entfielen 39 320 auf Unternehmen und 61 403 auf Privatschuldner. Gegenüber dem Jahr 2002 war dies eine Zunahme der Gesamtzahl der Insolvenzen um 19%, der Unternehmensinsolvenzen um 4,6% und der Insolvenzen der übrigen Schuldner um 31%.

### Deutschland weit hinten

Gemessen am realen Wirtschaftswachstum ist Deutschland innerhalb der EU in den letzten Jahren sichtlich zurückgefallen, gibt der Bundesverband deutscher Banken bekannt. Während die Bundesrepublik in den 80er Jahren noch im EU-Durchschnitt lag und im Wiedervereinigungsboom (1990-1992) die Wachstumsraten der EU sogar deutlich übertraf, ist die Entwicklung bis 2003 schlechter als in der gesamten EU.

### 35 Mio. für Gutachten

Der auf Antrag der CDU-Fraktion vorgelegte Bericht des Senats über Gutachtaufträge hat ein noch schlimmeres Szenario offenbart, als befürchtet, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Alexander Kaczmarak. Mit ca. 35 Mio. Euro wurden Beraterfirmen bezahlt, während etwa genauso viel durch die Abschaffung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, der Erhöhung der Kita-Entgelte und der Kürzung des Blindengeldes eingespart wurde.